



Projektbericht
Research Report

Wirtschaftsprognose für Niederösterreich

Jahresbericht und vierter Quartalsbericht 2021

**Daniela Grozea-Helmenstein,
Helmut Berrer,
Christian Helmenstein**



INSTITUT FÜR HÖHERE STUDIEN
INSTITUTE FOR ADVANCED STUDIES
Vienna

Projektbericht
Research Report

Wirtschaftsprognose für Niederösterreich

Jahresbericht und vierter
Quartalsbericht 2021

Daniela Grozea-Helmenstein,
Helmut Berrer,
Christian Helmenstein

Stand: 12. April 2022

Studie im Auftrag der NÖ Landesregierung
und der Wirtschaftskammer Niederösterreich

ECONOMICA – Institut für Wirtschaftsforschung, Wien
ECONOMICA – Institute of Economic Research, Vienna

Institut für Höhere Studien (IHS), Wien
Institute for Advanced Studies, Vienna

Kontakt:

Dr. Daniela Grozea-Helmenstein
Institut für Höhere Studien
☎: +43/676/3200-402
email: grozea@ihs.ac.at

Dr. Christian Helmenstein
☎: +43/676/3200-401
email: Christian.Helmenstein@economica.a

Inhalt

1. Rahmenbedingungen: Internationale und österreichische Konjunkturentwicklung	1
1.1 Internationale Konjunktur	1
1.2. Perspektiven der Inlandskonjunktur	8
2. Konjunkturentwicklung in Niederösterreich	11
3. Prognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs	13
3.1 Land- und Forstwirtschaft	13
3.2 Herstellung von Waren	13
3.3 Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	14
3.4 Bauwesen	15
3.5 Handel	15
3.6 Beherbergung und Gastronomie	15
3.7 Verkehr und Lagerei	16
3.8 Information und Kommunikation	16
3.9 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	16
3.10 Grundstücks- und Wohnungswesen	17
3.11 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen	17
3.12 Sonstige Dienstleistungen	17
3.13 Öffentliche Verwaltung	18
4. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt und Prognose	19

1. Rahmenbedingungen: Internationale und österreichische Konjunktorentwicklung

1.1 Internationale Konjunktur¹

Im laufenden Jahr belastet der Krieg in der Ukraine die **Weltwirtschaft** in vielerlei Hinsicht. Die drastischen Erhöhungen der Rohstoffpreise treiben die bereits vorher merklich angezogene Inflation weiter an. Die Sanktionen reduzieren die Exporte der westlichen Staaten nach Russland beträchtlich. Die Stimmungsindikatoren haben sich verschlechtert, was wohl auch die stark erhöhte Unsicherheit reflektiert. Die Aussichten für die **internationale Konjunktur** haben sich im Vergleich zur Winter-Prognose eingetrübt. Bei der Interpretation der Wachstumsraten ist der zunehmende Wegfall der pandemiebedingten Einschränkungen zu berücksichtigen. Mit 5,3 % bzw. 5,0 % wird das Wachstum in **China** unverändert eingeschätzt. Für die **USA** werden nunmehr Wachstumsraten von 3,4 % bzw. 2,0 % erwartet. Aufgrund der stärkeren Verflechtungen mit Russland und der Ukraine sowie der aktuellen Schwäche der deutschen Wirtschaft wird die Wachstumsprognose für den **Euroraum** um einen Prozentpunkt auf 3,3 % für dieses Jahr zurückgenommen, für 2023 wird ein Wert von 2,7 % erwartet. In diesem und im nächsten Jahr ist ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den **mittel- und osteuropäischen Ländern** um 3,6 % bzw. 3,8 % zu erwarten. Ausgehend von 5,6 % im Vorjahr wird sich das Wachstumstempo der **Weltwirtschaft** voraussichtlich auf 3,7 % bzw. 3,2 % verlangsamen.

Die vorliegende Prognose ist mit beträchtlichen **Abwärtsrisiken** behaftet. Die Abschätzung des Ausmaßes und der Dauer der Belastung der Weltwirtschaft durch den Krieg in der Ukraine ist mit äußerst hoher Unsicherheit verbunden. Ein Wegfall der russischen Rohstoffexporte würde zu einem weiteren Anstieg der Rohstoffpreise führen und könnte eine Rezession auslösen. Eine noch höhere Inflation als hier unterstellt würde die Kaufkraft der privaten Haushalte weiter schmälern und den Druck auf die Zentralbanken erhöhen, die Geldpolitik schneller und stärker zu straffen. Der Krieg könnte auch dazu führen, dass die globalen Lieferketten noch stärker in Mitleidenschaft gezogen werden, als es ohnehin zu erwarten ist. Auch die Corona-Pandemie ist bei Weitem nicht überwunden. In China scheint die Omikron-Welle später als anderenorts anzukommen. Damit steigt das Risiko erneuter Schließungen von Produktionsstätten und Häfen, was ebenfalls die Normalisierung der globalen Lieferketten weiter verzögern würde. Eine neue Corona-Variante, die ebenso infektiös ist wie die Omikron-Variante und zudem den Impfschutz umgeht und schwere Krankheitsverläufe verursacht, würde im kommenden Herbst und Winter erneute Infektionsschutzmaßnahmen erfordern. Aufwärtspotenzial für die Weltwirtschaft ergibt sich, wenn es zu einem schnellen Ende des

¹ IHS (2022): Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023. Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung. Wien, März 2022.

Krieges in der Ukraine kommt und eine Lösung gefunden wird, die eine Lockerung der Sanktionen ermöglicht.

In der **Volksrepublik China** expandierte die Wirtschaftsleistung im Vorjahr um 8,1 %. Im vierten Quartal setzte sich die langsamere Wirtschaftsdynamik fort, die bereits im zweiten und im dritten Quartal zu beobachten war. Somit erhöhte sich das BIP um 4,0 % im Jahresabstand und um 1,6 % gegenüber dem Vorquartal. Das BIP-Wachstum wurde im vierten Quartal hauptsächlich vom privaten Konsum und den Nettoexporten getragen, während die Anlageinvestitionen sanken. Aufgrund von Finanzierungsproblemen der Bauunternehmen war auch die Bautätigkeit rückläufig. In den ersten zwei Monaten des heurigen Jahres beschleunigte sich die Dynamik der Industrieproduktion und der Dienstleistungen. Die Infrastrukturinvestitionen, der private Konsum und die Exporte verzeichneten zweistellige Wachstumsraten gegenüber dem Vorjahr. Allerdings dämpfen seit März die strengen Maßnahmen zur Eindämmung der Ausbreitung des Coronavirus in einigen chinesischen Regionen und die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine die wirtschaftliche Entwicklung.

In der Prognoseperiode dürfte die chinesische Wirtschaft weiter an Fahrt verlieren. Die hohen Rohstoff- und Energiekosten, die Energieknappheit sowie die Immobilienkrise bremsen die Wirtschaftsleistung. Angesichts erhöhter Unsicherheiten setzte die chinesische Regierung das Wachstumsziel für das heurige Jahr auf 5,5 % herab. Eine Senkung von Steuern und Abgaben, von der insbesondere kleine Unternehmen profitieren sollen, sowie eine lockere Geldpolitik in Verbindung mit einem kräftigen Kreditwachstum dürfte die Wirtschaft ankurbeln. Die Expansion der Wirtschaftsleistung dürfte in den Jahren 2022 und 2023 5,3 % bzw. 5,0 % betragen.

Nach einem kräftigen Anstieg im dritten Quartal ging in **Deutschland** die saisonbereinigte Wirtschaftsleistung im vierten Quartal um 0,3 % zurück. Ausschlaggebend dafür waren die verschärften Infektionsschutzmaßnahmen sowie anhaltende Lieferengpässe im Produzierenden Bereich. Im Jahresdurchschnitt stieg das Bruttoinlandsprodukt um 2,9 %, nach einem Rückgang um 4,6 % im Jahr 2020. Ende 2021 war die Wirtschaftsleistung noch um 1,1 % niedriger als im vierten Quartal 2019.

Die Aussichten für die wirtschaftliche Erholung in Deutschland haben sich durch den Krieg in der Ukraine und die Sanktionen deutlich verschlechtert. Stützend wirkt, dass die Aufhebung der meisten Infektionsschutzmaßnahmen und die nachlassenden Lieferengpässe bei gut gefüllten Auftragsbüchern zu einer deutlichen Ausweitung der Produktion führen dürften. Insgesamt sollte daher das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 2,5 % bzw. 3,5 % zulegen.

Italien konnte im vergangenen Jahr mit einem Wirtschaftswachstum von 6,6 % einen starken Aufschwung nach dem coronabedingten Einbruch im Jahr 2020 verzeichnen. Getrieben wurde der Aufschwung durch die Erholung des privaten Konsums, der Investitionen und des

Außenhandels. Das Vorkrisenniveau wird das BIP aber voraussichtlich erst während des laufenden Jahres wieder erreichen. Vor allem im Frühjahr und Sommer hatte die Wirtschaft mit der Öffnung des Dienstleistungssektors eine deutliche Belebung erfahren. Die Inflationsrate lag im vergangenen Jahr bei 1,9 % und damit unter dem Durchschnitt im Euroraum. Vor allem bedingt durch den Anstieg der Energiepreise ergab sich im Februar ein stärkerer Anstieg der Inflationsrate auf 5,7 %. Angesichts der hohen Staatsverschuldung von rund 150 % des BIP könnte eine Straffung der Geldpolitik der EZB einen verstärkten Aufwärtsdruck auf die Renditen italienischer Staatsanleihen auslösen, allerdings dürften die Finanzierungsbedingungen trotzdem weiterhin günstig bleiben. Die wirtschaftlichen Verflechtungen mit Russland sind begrenzt und direkte Effekte des Kriegs in der Ukraine und der Sanktionen wahrscheinlich gering. Die Exporte nach Russland lagen 2020 bei 1,5 % der Gesamtexporte und der Importanteil lag bei 2,1 %. Der nationale Wiederaufbauplan, unterstützt durch die umfangreichen „Next Generation EU“-Mittel, bleibt ein stimulierender Faktor für die mittelfristige Wirtschaftsentwicklung. Das IHS erwartet ein BIP-Wachstum von 3,3 % im laufenden Jahr und von 2,0 % im Jahr 2023.

Mittel- und Osteuropa

Insgesamt verzeichneten die **mittel- und osteuropäischen Länder (MOEL)** im Jahr 2021 ein solides Wachstum von über 5 %. Der private Konsum erholte sich in der zweiten Jahreshälfte zunehmend. Allerdings sank das Verbrauchervertrauen angesichts des steigenden Preisdrucks und der Ausbreitung der Omikron-Virusvariante im vierten Quartal deutlich. Die Industrieproduktion erholte sich gegen Ende des Jahres, da die Lieferengpässe bei Vorprodukten etwas nachließen.

Die Arbeitslosigkeit sank in allen Ländern kräftig. Die Inflation erhöhte sich aufgrund steigender Löhne sowie höherer Energie- und Lebensmittelpreise stark. Dieser Trend setzte sich Anfang dieses Jahres fort und wird sich im Hinblick auf den Krieg in der Ukraine und die damit verbundenen Wirtschaftssanktionen gegen Russland weiter beschleunigen. Während die höheren Energiepreise die Inflation anheizen, begrenzen Energiepreisregulierungen in einigen Ländern die unmittelbaren Auswirkungen. Zudem stellt die Abwertung der nationalen Währungen seit Beginn des Kriegs in der Ukraine einen zusätzlichen Inflationstreiber dar.

Um der hohen Inflation entgegenzuwirken, haben die Notenbanken in Tschechien, Ungarn, Rumänien und Polen ihre Geldpolitik im vergangenen Jahr und am Anfang dieses Jahres gestrafft. Weitere Leitzinserhöhungen durch die betreffenden Notenbanken sind in den kommenden Monaten zu erwarten.

Der Krieg in der Ukraine wird die Wirtschaftsdynamik der MOEL in den Jahren 2022 und 2023 belasten und zu einem weiteren Anstieg der Inflation in diesen Ländern führen. Allerdings sind die Handelsverflechtungen mit Russland sowohl auf der Export- als auch auf der Importseite eher gering. Der Anteil Russlands an den gesamten Warenexporten der jeweiligen Länder

beträgt nur noch zwischen 2,8 % in Polen und 1,0 % in Kroatien, bei den gesamten Warenimporten (inklusive Energie) beläuft sich der Anteil Russlands zwischen jeweils 6,0 % in Polen und Bulgarien und 1,7 % in Kroatien. Infolgedessen dürften Störungen der bilateralen Handelsbeziehungen lediglich zu relativ geringen Auswirkungen in den MOEL führen.

Jedoch dämpft der Krieg in der Ukraine die Wirtschaftsdynamik in den MOEL auch durch Auswirkungen auf die Finanzmärkte, anhaltende Engpässe in den Lieferketten, Vertrauensverluste und den zusätzlichen Druck auf die Energiepreise. Der seit Ende Februar zu beobachtende kräftige Anstieg der Gas- und Ölpreise heizt die bereits hohen Energiepreise zusätzlich an. Dies dürfte sich negativ auf die Realeinkommen der Haushalte auswirken und zusammen mit dem sinkenden KonsumentInnenvertrauen zu einer Abschwächung des privaten Konsums führen. Für die Unternehmen wirken sich neben den erhöhten Energie- und Rohstoffpreisen auch die Produktionsunterbrechungen infolge fehlender Vorprodukte negativ aus. Das sinkende Unternehmensvertrauen und niedrigere Unternehmensgewinne sowie kriegs- und pandemiebedingte Unsicherheiten können zu einer Zurückhaltung bei Investitionsvorhaben führen. Anhaltende Lieferengpässe trüben zusätzlich die Aussichten. Hingegen dürften die Auszahlungen aus dem EU-Haushalt und insbesondere Zahlungen für Investitionsvorhaben im Rahmen des „Next Generation EU“-Programms die Wirtschaftsleistung substantiell unterstützen. Alles in allem ist in diesem und im nächsten Jahr ein durchschnittlicher Anstieg des Bruttoinlandsprodukts in den MOEL-5 um 3,6 % bzw. 3,8 % zu erwarten.

In **Tschechien** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im Jahr 2021 um 3,3 %. Im vierten Quartal wurde das BIP-Wachstum hauptsächlich vom Konsum der privaten Haushalte und dem Lageraufbau getragen. Materialengpässe, insbesondere in der Automobilindustrie, führten zu einer Erhöhung der Lagerbestände an halbfertigen Produkten. Der Beitrag des Außenhandels war infolge hoher Importe für Konsum und Investitionen deutlich negativ. Die Inflationsrate erhöhte sich auf 10,0 % im Februar. Die Arbeitslosenquote blieb mit 2,4 % im Jänner niedrig. Die negativen Auswirkungen der hohen Energiepreise auf den privaten Konsum dürften sich im ersten Halbjahr des laufenden Jahres verstärken. Um die negativen Auswirkungen abzufedern, dürfte die Finanzpolitik in diesem Jahr expansiv bleiben. Nach einer Expansion um 3,3 % im heurigen Jahr dürfte sich die BIP-Dynamik im Jahr 2023 auf 3,5 % leicht beschleunigen.

Mit einer Expansion um 7,1 % im Vorjahr hat sich die Wirtschaft in **Ungarn** von der Corona-Pandemie vollständig erholt. Sowohl die Inlands- als auch die Auslandsnachfrage trugen im vierten Quartal das BIP-Wachstum. Eine Kombination aus angebotsseitigem Preisdruck und starker Nachfrage verstärkte den Inflationsdruck und die Teuerungsrate erhöhte sich auf 8,4 % im Februar. Um die Haushalte zu entlasten, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Zusätzlich trat in Ungarn Anfang Februar eine Deckelung der Preise von sechs Grundnahrungsmitteln in Kraft. Im Jänner erhöhte sich die Arbeitslosenquote auf 4,1 %. Die Anhebung des Mindestlohns und hohe Transferzahlungen sollten den privaten Konsum in

diesem Jahr unterstützen. Unterbrechungen der Lieferketten und eine Dämpfung der Auslandsnachfrage infolge des Kriegs in der Ukraine könnten die Exporte bremsen, trotz in den Vorjahren neu aufgebauter Produktionskapazitäten. Insgesamt wird mit einer Zunahme der Wirtschaftsleistung in diesem und im nächsten Jahr um 3,5 % bzw. 4,0 % gerechnet.

In **Polen** erhöhte sich das Bruttoinlandsprodukt im Vorjahr um 5,7 %. Im vierten Quartal beschleunigte sich das BIP-Wachstum infolge einer dynamischen Inlandsnachfrage. Dabei blieb die Arbeitslosenquote im Jänner mit 3,0 % niedrig. Aufgrund steigender Preise für Energie und Dienstleistungen erhöhte sich die Inflation im Februar auf 8,1 %. Um den Preissteigerungen entgegenzuwirken, beschloss die Regierung für das laufende Jahr ein Maßnahmenpaket von 0,4 % des BIP. Dieses beinhaltet eine Senkung der Steuer auf Kraftstoffe und Energieprodukte und die Abschaffung der Mehrwertsteuer auf Grundnahrungsmittel wie Brot, Fleisch und Molkereiprodukte für sechs Monate ab Februar. Verzögerungen bei der Genehmigung und Freigabe der „Next Generation EU“-Mittel sowie die anhaltenden Lieferengpässe könnten die Wirtschaftsdynamik bremsen. Zusätzliche Fiskalausgaben für die Versorgung der Flüchtlinge aus der Ukraine werden in diesem Jahr konjunkturstützend wirken. Die Wirtschaftsleistung dürfte in diesem Jahr um 4,0 % und im Jahr 2023 um 3,8 % zunehmen.

In der **Slowakei** wuchs das BIP im Vorjahr um 3,0 % und blieb damit um 1,5 % niedriger als vor der Pandemie. Die Wertschöpfung des Verarbeitenden Gewerbes war im Jahr 2021 um 7,4 % geringer als 2019. Im vierten Quartal nahm das BIP infolge andauernder Unterbrechungen in den europäischen Automobil-Lieferketten um lediglich 0,3 % gegenüber dem Vorquartal und um 1,2 % zum Vorjahr zu. Impulse kamen neben dem privaten Konsum auch von den Investitionen, während die Nettoexporte zurückgingen. Die Arbeitslosenquote lag im Jänner bei 6,4 % und damit um 0,7 Prozentpunkte unter dem Jänner-Niveau des Vorjahres. Die Inflation erhöhte sich im Februar auf 8,3 %. Die Erholung des privaten Konsums und der Investitionen dürften das BIP-Wachstum im Prognosezeitraum stützen. Lieferengpässe bei Vorprodukten in der Automobilindustrie dürften die Erholung nach der Pandemiekrise verlangsamen. In diesem Jahr dürfte die Wirtschaftsleistung um 3,0 % und im nächsten Jahr um 4,0 % wachsen.

Gestützt durch eine kräftige Inlandsnachfrage im vierten Quartal expandierte das BIP in **Slowenien** im Vorjahr um 8,1 %. Die Teuerungsrate erhöhte sich im Februar auf 7,0 %. Um den Inflationsdruck zu bremsen, hat die Regierung einen Höchstpreis für Treibstoff festgelegt. Die Arbeitslosigkeit betrug im Jänner 4,6 %, was einer Reduktion um 1,4 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich entspricht. Die Inlandsnachfrage dürfte der wichtigste Wachstumsmotor im Prognosezeitraum bleiben, da der private Konsum aufgrund des sich stabilisierenden Arbeitsmarkts und des sich verbessernden Vertrauens der KonsumentInnen nach der Aufhebung der Corona-Beschränkungen weiter zunehmen dürfte. Gestützt durch EU-Mittel wird auch die Investitionstätigkeit lebhaft bleiben. Das Bruttoinlandsprodukt dürfte in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. um 3,5 % expandieren.

Im Vorjahr erhöhte sich die Wirtschaftsleistung in **Rumänien** um 5,9 %, trotz eines langsameren Wachstums im vierten Quartal. Die Arbeitslosenquote sank im Jänner um 0,2 Prozentpunkte im Vorjahresvergleich und betrug 5,8 %. Die Inflation beschleunigte sich und lag im Februar auf 7,9 %. Um den Inflationsdruck entgegenzuwirken, hat die Regierung die Strom- und Gaspreise für Haushalte und Unternehmen bis Ende März 2023 gedeckelt. Konjunkturstützend wirken im Prognosezeitraum neben der expansiven Fiskalpolitik, die weitere Transferleistungen vorsieht, auch eine Erhöhung des Mindestlohns. Die rechtzeitige Umsetzung der mit der EU im Rahmen des Wiederaufbauplans vereinbarten Reformen sind ausschlaggebend für die Absorption der vorgesehenen EU-Mittel für Investitionen. Getragen von der Inlandsnachfrage dürfte die Wirtschaftsleistung in den Jahren 2022 und 2023 um 3,8 % bzw. 4,0 % expandieren.

Aufgrund starker Nachholeffekte war das BIP-Wachstum im Vorjahr in **Kroatien** mit 10,4%, trotz nachlassender Dynamik der Inlandsnachfrage im vierten Quartal, besonders hoch. Infolgedessen sank die Arbeitslosigkeit um 1,9 Prozentpunkte auf 7,5 % im Jänner. Die Inflationsrate erhöhte sich im Februar auf 6,3 %. Um den steigenden Energiepreisen entgegenzuwirken, hat die Regierung ein Maßnahmenpaket angekündigt, das ab April in Kraft treten soll. In diesem und im nächsten Jahr dürfte das Bruttoinlandsprodukt infolge einer weiteren Erholung der Inlandsnachfrage und des Tourismus um 3,8 % bzw. um 4,0 % zunehmen. Die unsicheren Aussichten für den Tourismus in diesem Jahr stellen neben der hohen Inflation Abwärtsrisiken für die Prognose dar.

Im Vorjahr expandierte die Wirtschaftsleistung in **Bulgarien** um 4,2 %. Getrieben durch den privaten Konsum und die Nettoexporte legte das BIP im vierten Quartal moderat zu. Dabei lag die Arbeitslosenquote im Jänner mit 4,9 % um 1,5 Prozentpunkte unter dem Vorjahresniveau. Die Inflation erhöhte sich infolge höherer Energie- und Nahrungsmittelpreise auf 8,4 % im Februar. Maßnahmen, um den Anstieg der Energiepreise entgegenzuwirken, werden von der Regierung vorbereitet. Die zunehmende Dynamik der Investitionen und des privaten Konsums, gestützt von steigenden Löhnen und niedrigen Zinsen, sowie eine Belebung des Tourismus dürften das Bruttoinlandsprodukt in den Jahren 2022 und 2023 um 3,3 % bzw. um 3,5 % erhöhen.

In **Russland** erhöhte sich die Wirtschaftsleistung im vergangenen Jahr um 4,6 %. Getragen wurde die Entwicklung in der zweiten Jahreshälfte durch eine Erholung der Investitionen und des privaten Konsums. Der rasche Zuwachs an Bankkrediten und die durch steigende Sozialtransfers gestärkten verfügbaren Einkommen der Haushalte stützten den Konsum. Die wachsende globale Rohstoffnachfrage führte zu einer kräftigen Zunahme der Industrieproduktion, darunter insbesondere der Rohöl- und der Erdgasproduktion. Da die Weltmarktpreise für Rohöl und andere Rohstoffe deutlich zunahmen, flossen aus deren Export beträchtliche Einnahmen in den Nationalen Wohlfahrtsfonds, dessen Volumen 12 % des BIP erreichte. Die Erholung der Inlands- wie der Auslandsnachfrage führte zu einer deutlichen

Zunahme der Inflation, die im Jänner 2022 8,7 % betrug. Um den Inflationsanstieg einzudämmen, hob die Zentralbank den Leitzins mehrmals an, am 11. Februar auf 9,50 %.

Nach dem Einmarsch russischer Truppen in die Ukraine am 24. Februar 2022 und der Verhängung von Wirtschaftssanktionen durch mehr als 30 Länder hat sich der Wert des russischen Rubels massiv verringert. Um die doppelte Belastung des Finanzsektors durch den Wertverlust des Rubels und die hohe Geldnachfrage zu bewältigen, erhöhte die Zentralbank den Leitzins am 28. Februar auf 20 %. Anfang April senkte die Zentralbank den Leitzins auf 17 % und der Rubel erreichte wieder sein Vorkriegsniveau. Der hohe Leitzins dürfte die Kredite für Haushalte und Unternehmen stark verteuern und sich negativ auf den privaten Konsum wie auch auf die Investitionen auswirken.

Weitere wirtschaftliche Einbußen sind aufgrund der umfassenden Ausfuhrrestriktionen westlicher Staaten u. a. für Halbleiter, Flugzeuge und Software zu erwarten. Darüber hinaus dürfte das Angebot an verschiedenen Konsum- und Investitionsgütern in Russland knapp werden, da rund 800 internationale Unternehmen angekündigt haben, sich aus Russland zurückzuziehen oder ihre Aktivitäten im Land auszusetzen oder einzuschränken. Im Ergebnis wird die Inflation infolge der abwertungsbedingten Verteuerung importierter Waren sowie sanktionsbedingter Verknappungen von dem schon zuvor hohen Wert noch weiter zunehmen. Ebenso ist mit einer starken Zunahme der Arbeitslosigkeit zu rechnen, die im Vorjahr lediglich 4,8 % betrug. Der Ausschluss von zwölf großen Banken aus dem internationalen Zahlungssystem SWIFT wird trotz der Nutzung alternativer russischer und chinesischer Zahlungssysteme den Zahlungsverkehr mit dem Ausland erschweren.

Um einen Zusammenbruch des Finanzsektors zu verhindern und den Rubel zu stützen, wurden Kapitalverkehrskontrollen eingeführt. Der Devisenhandel wurde bis zum 9. September 2022 ausgesetzt. Der in Rubel notierende Aktienindex der Moskauer Börse verlor am 24. Februar ein Drittel seines Wertes. Zwar wurde der Handel an der Moskauer Börse nach einem Monat wieder aufgenommen, aber die Kurse russischer Aktien sind seitdem weiterhin drastisch gefallen. Da etwa 15 Millionen Privatkunden russische Aktien halten, wirkt sich der Zusammenbruch des Aktienmarktes negativ auf das Vermögen vieler EinwohnerInnen in Russland aus. Um den Aktienmarkt zu stützen, kaufte die Regierung mit Mitteln aus dem Nationalen Wohlfahrtsfonds Aktien russischer Unternehmen im Wert von 1 Mrd. Rubel auf. Darüber hinaus wurden die Möglichkeiten ausländischer Investoren eingeschränkt, ihre Investitionen in russische Vermögenswerte zu repatriieren.

Da die russische Zentralbank wegen der Sanktionen nur beschränkt über ihre umfangreichen Devisenreserven von rund 630 Mrd. US-Dollar (40 % in Relation zum BIP) verfügen kann, werden massive Auswirkungen für die russische Wirtschaft erwartet. Die Kreditwürdigkeit des Landes wurde von großen Ratingagenturen herabgestuft. Das Risiko, dass Russland nicht in der Lage sein wird, seine Schulden bei internationalen Gläubigern zu bedienen, ist erheblich. Auch viele russische Unternehmen werden möglicherweise ihre Fremdwährungs-

verbindlichkeiten nicht begleichen können. Längerfristig ist zudem eine Isolation von westlichen Technologien und Vorleistungen sowie eine starke Abwanderung ausländischer Investoren und des Humankapitals aus Russland zu erwarten.

Die EU hat bisher fünf Sanktionspakete mit weitreichenden Restriktionen für den Finanzsektor, den internationalen Handel und etwa 800 Personen erlassen. Eine starke Verringerung der Importe der EU von Öl und Gas bis zum Ende dieses Jahres sowie das Importembargo der USA und Großbritanniens dürften die Deviseneinnahmen Russlands reduzieren. Die Sanktionen haben sowohl kurz- als auch langfristige Auswirkungen auf die russische Wirtschaft. Für das laufende Jahr ist eine starke Rezession in Russland zu erwarten. Die Wirtschaftsleistung dürfte im laufenden Jahr um 10,0 % zurückgehen. Im nächsten Jahr könnte die Wirtschaftsleistung einen weiteren Rückgang um 2,0 % verzeichnen.

1.2. Perspektiven der Inlandskonjunktur²

Der Angriffskrieg Russlands gegen die Ukraine und seine wirtschaftlichen Folgen bremsen den Aufschwung der **österreichischen** Volkswirtschaft. Zu Jahresbeginn hat sich der kräftige Aufholprozess, nach einer kurzen Dämpfung durch den Lockdown im vierten Quartal 2021, fortgesetzt. In den ersten beiden Monaten des heurigen Jahres lag die heimische Wirtschaftsleistung wieder über dem Vorkrisenniveau. Die Frühindikatoren deuteten auf eine Fortsetzung der kräftigen Wirtschaftserholung. Allerdings erhöhte sich die Inflation, getrieben primär von den steigenden Rohstoff- und Energiepreisen. Am 24. Februar griff Russland die Ukraine an. Aufgrund der Unsicherheit kam es zu drastischen Anstiegen der Rohstoffpreise, und die wirtschaftliche Stimmung verschlechterte sich. Die gegen Russland verhängten Sanktionen belasten die Exportwirtschaft. Weiters verschärfte sich die Lieferkettenproblematik durch fehlende Vorleistungen, etwa aus der Ukraine.

Die Dauer der militärischen Auseinandersetzung ist gegenwärtig kaum abschätzbar. Für die Prognose wird unterstellt, dass die Sanktionen vorerst bestehen bleiben, aber nicht auf den Rohstoffhandel ausgeweitet werden. Die weitere Entwicklung der Rohstoffpreise wird anhand der Notierungen an den Terminbörsen abgeschätzt. Schätzungen der Institute zeigen, dass ein vollständiger Ausfall der Exportmärkte Russland, Ukraine und Belarus die heimische Wertschöpfung um rund 1 % dämpfen würde. In der Winter-Prognose war das IHS noch davon ausgegangen, dass die heimische Wirtschaft im zweiten und dritten Quartal kräftig zulegen würde. Nunmehr erwartet das IHS für diesen Zeitraum nur noch eine Zunahme der Wirtschaftsleistung um 0,1 % bzw. 0,2 % gegenüber dem jeweiligen Vorquartal. Treiber des Wachstums bleibt der private Konsum. Der robuste Arbeitsmarkt und die Rücknahme der Sparquote erlauben eine Konsumausweitung trotz höherer Inflation. Im weiteren Prognosezeitraum dürfte die konjunkturelle Dynamik wieder zulegen, wozu ein Nachlassen

² IHS (2022): Frühlings-Prognose der österreichischen Wirtschaft 2022–2023. Krieg in der Ukraine überschattet Aufschwung. Wien, März 2022.

des Preisdrucks und der Lieferkettenprobleme beitragen sollten. Vor diesem Hintergrund erwartet das IHS Wachstumsraten des Bruttoinlandsprodukts von 3,6 % bzw. 2,3 %.

Die hohe Inflation verringert die Realeinkommen und dämpft den privaten Konsum in Österreich. Das IHS geht aber davon aus, dass die privaten Haushalte ihre Realeinkommensverluste durch eine Rücknahme der Sparquote kompensieren. Mit einem Wachstum von 4,8 % bleibt der **private Konsum** ein Wachstumstreiber, allerdings ausgehend von einem durch die pandemiebedingten Eindämmungsmaßnahmen des Vorjahres verursachten niedrigen Niveau. Für das kommende Jahr wird ein Konsumwachstum von 2,8 % erwartet. Mit 7,4 % geht die Sparquote damit wieder auf das Vorkrisenniveau zurück.

Die **Anlageinvestitionen** haben sich im Vorjahr von ihrem pandemiebedingten Einbruch erholt, allerdings hat die Dynamik im Jahresverlauf nachgelassen. Im Prognosezeitraum dürfte die Investitionstätigkeit von der hohen Unsicherheit im Zusammenhang mit der weiteren Entwicklung des Kriegs in der Ukraine, der Belastung der Exporte im Gefolge der Sanktionen sowie der kräftigen Steigerung der Preise für Energie und Industrierohstoffe gebremst werden. Stützend wirkt hingegen, dass abseits der Kriegsfolgen der Konjunkturaufschwung im In- und Ausland intakt ist und die Zinsen nur sehr langsam steigen dürften. Somit sollten die Anlageinvestitionen im laufenden Jahr um 3,1 % und im kommenden Jahr um 2,3 % ausgeweitet werden. Dabei dürften die Ausrüstungsinvestitionen mit 3,6 % bzw. 2,5 % etwas kräftiger zulegen als die Bauinvestitionen (2,5 % bzw. 2,0 %).

Im Vorjahr profitierte die österreichische **Exportwirtschaft** von der kräftigen Erholung der Weltwirtschaft und des Welthandels. Im laufenden Jahr belasten hingegen die hohe Unsicherheit und die Sanktionen die Exporttätigkeit. Nach einem Wachstum um 17,6 % im Vorjahr könnten die Warenexporte im Prognosezeitraum um 2,0 % bzw. 4,0 % zulegen. Die Reiseverkehrsexporte litten besonders stark unter der Corona-Pandemie. In den beiden Prognosejahren dürften sie sich langsam wieder dem Vorkrisenniveau annähern. Die Gesamtexporte laut VGR sollten somit um 5,5 % bzw. 4,4 % ansteigen. Für die Gesamtimporte werden Zuwächse um 3,9 % bzw. 4,1 % erwartet. Die Außenwirtschaft liefert somit insbesondere im laufenden Jahr einen positiven Wachstumsbeitrag, der primär auf die Erholung des heimischen Tourismus zurückgeht.

Die **Verbraucherpreise** ziehen seit Jahresbeginn 2021 kontinuierlich an. Getrieben vom Energiepreisanstieg betrug die Inflationsrate im Februar 2022 5,9 %. Mit dem Krieg in der Ukraine sind die Energiepreise neuerlich gestiegen. Da die Effekte der höheren Energie- und Erzeugerpreise noch nicht vollkommen auf der Verbraucherstufe angekommen sind, ist auch in den kommenden Monaten mit hohen Teuerungsraten zu rechnen. Das IHS hebt daher seine Inflationsprognose für 2022 auf 5,5 % an. Mit dem Wegfall des Basiseffekts bei den Energiepreisen und der Entspannung der globalen Lieferkettenproblematik dürfte die Inflationsrate im Jahr 2023 auf 2,3 % zurückgehen. Das IHS unterstellt dabei, dass die Lohnstückkosten nur äußerst moderat zunehmen.

Die positive Tendenz am **Arbeitsmarkt** hat sich in den letzten Monaten fortgesetzt. Die Beschäftigung wächst kräftig und die Arbeitslosigkeit liegt merklich unter dem Vorkrisenniveau. Mit dem Krieg in der Ukraine ist die Unsicherheit über die weitere Arbeitsmarktentwicklung aber deutlich angestiegen. Das IHS unterstellt, dass sich der Arbeitsmarkt als robust erweist, und erwartet eine Arbeitslosenquote von 6,5 % bzw. 6,3 %. Die kräftige Beschäftigungsnachfrage und das demografisch bedingt langsamer wachsende Arbeitskräfteangebot stützen diese Entwicklung. Weiterhin wird davon ausgegangen, dass der Bekämpfung des qualifikatorischen und regionalen Mis-Matches am Arbeitsmarkt sowie der Verringerung der Langzeitarbeitslosigkeit hohe arbeitsmarktpolitische Priorität zukommt. Notwendig ist wohl auch der weitere Einsatz von Kurzarbeitsmodellen für Unternehmen, die temporär unter den globalen Lieferkettenproblemen sowie den Sanktionen leiden.

Nach einem Defizit von 5,9 % im Jahr 2021 wird sich die Lage der **öffentlichen Haushalte** durch die Konjunkturerholung und den allmählichen Wegfall der staatlichen Corona-Hilfsmaßnahmen im Prognosezeitraum entspannen. Der verlangsamte Aufschwung sowie Mehrausgaben aufgrund des Kriegs in der Ukraine führen dazu, dass der Rückgang des Defizits etwas geringer ausfallen dürfte als noch in der Winter-Prognose erwartet. Nunmehr wird von einem Defizit von 2,3 % bzw. 1,7 % des BIP ausgegangen.

Auch für die heimische Wirtschaft bestehen **Abwärtsrisiken**. Der Prognose liegt die Erwartung zugrunde, dass die privaten Haushalte auf die Verringerung der Realeinkommen mit einer Senkung der Sparquote reagieren. Die hohe politische und wirtschaftliche Unsicherheit könnte aber die Stimmung verschlechtern und somit die Konsum- und Investitionsneigung verringern. Ein kompletter Wegfall der russischen Gaslieferungen würde die heimische Industrieproduktion stark beeinträchtigen. Ein Aufflammen der Pandemie könnte im Herbst neuerliche Eindämmungsmaßnahmen erforderlich machen. Für die Inflation besteht ein beträchtliches Aufwärtsrisiko, insbesondere für das kommende Jahr. So würde eine stärkere als die unterstellte Abgeltung des Verbraucherpreisanstiegs in der kommenden Lohnrunde zu höheren Lohnstückkosten führen und damit den Preisdruck erhöhen.

2. Konjunktorentwicklung in Niederösterreich

Die Pandemie hat das Wirtschaftsgeschehen auch im Jahr 2021 maßgeblich beeinflusst. So haben die Maßnahmen zum Infektionsschutz zu deutlichen Rückgängen der privaten Konsumausgaben zu Jahresanfang geführt. Mit dem Fortschritt bei der Durchimpfung der Bevölkerung und den zunehmenden Lockerungen der Eindämmungsmaßnahmen hat sich die Wirtschaftsdynamik in **Niederösterreich** seit März 2021 stark beschleunigt. Insbesondere die Dienstleistungsbereiche, darunter der Handel, der Verkehr und die Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen, erfuhren im letzten Jahr eine kräftige Erholung. Gleichzeitig stieg im Vorjahrsvergleich die Zahl der Passagiere im Flugverkehr. Auch die Zahl der ausländischen Touristen erhöhte sich. Allerdings blieb die Zahl der Urlauber noch immer deutlich niedriger als vor Ausbruch der Pandemie. Nach dem starken Rückgang im Jahr 2020 expandierte das Verarbeitende Gewerbe im Vorjahr kräftig. Zuletzt aber verlor der Aufschwung etwas an Kraft. Lieferengpässe bei Vorleistungen und Zwischenprodukten wie elektronischen Bauteilen, Verzögerungen bei der Abfertigung von Containerschiffen sowie ein kräftiger Anstieg der Rohstoffpreise und der Transportkosten bremsten die Produktion. Insgesamt wuchs das **österreichische BIP** im Jahr 2021 um 4,5 %. Für **Niederösterreich** schätzen Economica und das IHS das BRP-Wachstum für das Jahr 2021 auf 5,1 %.

Tabelle 1: Reale Bruttowertschöpfung ausgewählter Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

	2019	2020	2021*	2022P	2023P
Land- und Forstwirtschaft	+0,2	-2,0	+5,7	±0,0	±0,0
Herstellung von Waren ¹⁾	+3,8	-7,2	+8,6	+1,7	+2,3
Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+12,2	-3,0	+10,2	-2,3	-1,0
Bauwesen	-0,1	-3,0	+4,0	+3,1	+1,6
Handel	+3,8	-3,4	+7,8	+4,0	+3,0
Beherbergung und Gastronomie	-0,3	-41,2	-13,4	+66,6	+10,6
Verkehr und Lagerei	-1,3	-23,9	+4,2	+8,7	+2,9
Information und Kommunikation	+6,6	-0,5	+1,7	+3,4	+3,9
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	+5,6	+4,4	+0,9	+5,1	+5,2
Grundstücks- und Wohnungswesen	+0,1	-0,8	+2,7	+2,2	+1,8
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ²⁾	+3,8	-8,3	+8,8	+3,9	+2,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	-0,5	-17,7	+1,4	+0,7	+3,9
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+0,7	-4,9	+1,7	+1,5	+1,2
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche Niederösterreich (ECONOMICA/ IHS)	+2,2	-7,1	+5,1	+3,7	+2,4
Wertschöpfung der Wirtschaftsbereiche Österreich (WIFO)	+1,4	-6,8	+4,4	+4,0	+2,0
Bruttoregionalprodukt NÖ (ECONOMICA/ IHS)	+2,2	-7,1	+5,1	+3,7	+2,4
Bruttoinlandsprodukt Österreich (IHS)	+1,4	-6,7	+4,5	+3,6	+2,3
Bruttoinlandsprodukt Österreich (WIFO)	+1,4	-6,7	+4,5	+3,9	+2,0

*Vorläufige Schätzwerte 2020. P=Prognose 2021 und 2022 ¹⁾ Prognose einschl. Bergbau... ²⁾ ÖNACE M-N. ³⁾ ÖNACE R-U. ⁴⁾ ÖNACE: O-Q. Quelle: Statistik Austria, ECONOMICA/ IHS, WIFO.

Für das laufende Jahr ist mit einer Fortsetzung der wirtschaftlichen Erholung zu rechnen. Das Tempo dürfte sich aber im Vorjahresvergleich verlangsamen. Die meisten noch bestehenden pandemiebedingten Einschränkungen dürften im Laufe des zweiten Quartals aufgehoben oder durch weniger weitreichende Auflagen ersetzt werden. Allerdings trüben der Krieg in der Ukraine und die umfangreichen Sanktionen gegen Russland den Konjunkturausblick spürbar. Insbesondere die niederösterreichische metallverarbeitende Industrie und die Maschinenindustrie, bei denen Russland und die Ukraine wichtige Exportpartner sind, sind davon betroffen. Der Krieg hat die schon vorher bestandenen inflationären Risiken noch einmal verschärft. Andererseits profitiert die niederösterreichische Wirtschaft von der erhöhten Nachfrage nach Öl- und Gasprodukten. Der schwache Euro trägt zusätzlich zu hohen Energiepreisen bei. Während die Kaufkraft der KonsumentInnen durch die hohen Energiepreise verringert wird, belasten die geopolitischen Risiken die Investitionsneigung der Unternehmen. Aber auch die Probleme bei den Lieferketten können immer wieder zu stockender Industrieproduktion führen. Für die zweite Jahreshälfte rechnen die Institute mit einem allmählichen Rückgang der Energie- und Rohstoffpreise. Aus diesem Grund und auch wegen der schwächeren Konjunktur dürfte sich der Inflationsdruck dann allmählich abschwächen. Vor diesem Hintergrund erwarten ECONOMICA und das IHS ein Wachstum des realen Bruttoregionalprodukts in Niederösterreich im laufenden und im kommenden Jahr von 3,7 % bzw. 2,4 % (vgl. Tabelle 1).

3. Prognosen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche Niederösterreichs

3.1 Land- und Forstwirtschaft

Nach einer Zunahme um 5,7 % bzw. 6,4 % im Vorjahr wird für das laufende und das nächste Jahr in **Niederösterreich** und **Österreich** jeweils mit einer Stagnation gerechnet.

Die Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft nahm in Niederösterreich im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 im Vorjahresvergleich um 2,9 % und im Österreich-Durchschnitt um 5,2 % zu. Für das gesamte Jahr 2022 ist von einem Anstieg der Beschäftigung in der Land- und Forstwirtschaft auszugehen (NÖ: +2,1 %; Ö: +1,0 %). Im Jahr 2023 dürfte die Beschäftigung des Bereichs Land- und Forstwirtschaft in Niederösterreich um 1,9 % und im Österreich-Durchschnitt um 1,4 % zunehmen.

3.2 Herstellung von Waren³

Nach dem kräftigen Anstieg der Produktion in der Herstellung von Waren im Jahr 2021 hat das Tempo der Erholung in Österreich und Niederösterreich am Anfang dieses Jahres infolge von Lieferkettenproblemen etwas nachgelassen. Laut WIFO-Schätzung dürfte die BWS des Bereichs Herstellung von Waren im **Österreich-Durchschnitt** im laufenden Jahr stagnieren und im nächsten Jahr um 1,0 % wachsen. In **Niederösterreich** wird die Expansion der BWS dieses Bereichs laut ECONOMICA/IHS Prognose in diesem Jahr 1,7 % und im nächsten Jahr 2,3 % betragen.

Im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 ist die Beschäftigung in **Niederösterreich** in der Herstellung von Waren um 1,7 % und österreichweit um 2,5 % gewachsen. Im Gesamtjahr 2022 dürfte die Beschäftigung in diesem Bereich in Niederösterreich und österreichweit um 0,3 % bzw. um 1,0 % zunehmen. Im nächsten Jahr wird die Beschäftigung in Niederösterreich und österreichweit voraussichtlich weiter zunehmen (NÖ: +0,3 %; Ö: +0,1 %).

Industriekonjunktur

Gemäß der aktuellen Konjunkturumfrage der **Industriellenvereinigung Niederösterreich**⁴ ist der Wert des IV-Niederösterreich Konjunkturbarometers – als Mittelwert aus der Beurteilung

³ Einschließlich Bergbau.

⁴ Industriellen Vereinigung Niederösterreich (2022): Konjunkturumfrage - NÖ Industrie: Aufschwung zwischen Fachkräftemangel und Energiepreisexlosion. URL: <https://niederösterreich.iv.at/Industrieland-N/-/Spalte-Links/Konjunkturumfrage/Konjunkturumfrage-News-N-/Aufschwung-zwischen-Fachkraeftemangel-und-Energiepre.de.html> [Stand: 04.04.2022].

der gegenwärtigen und zukünftigen Geschäftsentwicklung – im vierten Quartal 2021, im Vergleich zum Vorquartal, von +12,0 auf +25,5 Punkte gestiegen.

Die Beurteilung der **aktuellen Geschäftslage** ist im Vergleich zum Vorquartal optimistischer. Der Bewertungssaldo stieg von +27 auf +37 Prozentpunkte. Bei der Einschätzung des **aktuellen Auftragsstands** stieg der Saldo deutlich von +58 Prozentpunkten auf +76. Die Einschätzungen zu den **aktuellen Auslandsaufträgen** haben sich ebenfalls von +47 Prozentpunkten im Vorquartal auf +69 Prozentpunkte verbessert.

Der Bewertungssaldo bei der **Produktionstätigkeit in drei Monaten** stieg von +8 auf +21 Prozentpunkte. Bei der **Produktionskapazität in drei Monaten** geht der Großteil der Unternehmen (63%) von gleichbleibenden Kapazitäten aus, wobei der Bewertungssaldo von +11 auf +22 Prozentpunkte stieg. 9 % der Unternehmen erwarten eine Verschlechterung und 29 % eine Verbesserung der Produktionskapazität. Auch bei der Bewertung der **Geschäftslage in sechs Monaten** stieg der Bewertungssaldo von -3 auf +14 Prozentpunkte.

Jedoch sehen viele Unternehmen die aktuelle und künftige Ertragssituation pessimistisch, vor allem aufgrund der hohen Energiepreise. Der Indikator für die **derzeitige Ertragssituation** sank von +25 auf -3 Prozentpunkte, die Bewertung für die **Ertragssituation in sechs Monaten** von +2 auf -6 Prozentpunkte. Auch manifestiert sich bereits jetzt ein Preisdruck aufgrund der stark steigenden Rohstoff- und Energiekosten. Nur noch 6 Prozent gehen von sinkenden Verkaufspreisen aus, weshalb die Bewertung der **Verkaufspreise in den nächsten drei Monaten** im Saldo von +50 auf +55 Punkte steigt. Ebenso zeigt sich beim Fachkräftemangel keine Entspannung. Der Indikator für den **Beschäftigtenstand in den nächsten drei Monaten** stagniert bei +15 Prozentpunkten (nach +14 im Vorquartal), da der Großteil der Unternehmen (83 %) keine Ausweitung des Beschäftigungsstandes erwartet.

3.3 Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung

Nach einem Anstieg der BWS des Bereichs Energie-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung um über 10 % in **Niederösterreich** und **österreichweit** im Vorjahr, dürfte sich die BWS dieses Bereichs in diesem und im nächsten Jahr sowohl in **Niederösterreich** als auch **österreichweit** rückläufig entwickeln.

Im Durchschnitt der ersten zwei Monate des Jahres 2022 nahm die Beschäftigung des Bereichs Energie-, Wasserversorgung und Abfallentsorgung in **Niederösterreich** und im **Österreich-Durchschnitt** um 1,3 % bzw. um 0,8 % zu. Für das Gesamtjahr 2022 wird mit einer Zunahme der Beschäftigung in **Niederösterreich** um 0,7 % (2023: +0,6 %) gerechnet. In **Österreich** dürfte die Beschäftigung im heurigen Jahr um 0,5 % (2023: -0,6 %) schrumpfen.

3.4 Bauwesen

Nach einer Zunahme im Jahr 2021 um 4,0 % in **Niederösterreich** und um 3,0 % **österreichweit** wird für das Jahr 2022 mit einer Erhöhung der BWS des Bauwesens um 3,1 % in **Niederösterreich** und um 2,0 % im **Österreich-Durchschnitt** gerechnet (vgl. Tabelle 13). Im Jahr 2023 dürfte sich das Wachstum dieses Bereichs auf 1,6 % in **Niederösterreich** und 1,4 % **österreichweit** verlangsamen.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Februar 2022 erhöhte sich, im Vorjahresvergleich, die Zahl der Beschäftigten im Bauwesen sowohl in **Österreich** (+8,0 %) als auch in **Niederösterreich** (+5,6 %). Für das Gesamtjahr 2022 erwarten ECONOMICA und das IHS für **Niederösterreich** und **österreichweit** einen Anstieg der Beschäftigung um 2,9 % bzw. um 0,7 % (vgl. Tabelle 14). Die positive Entwicklung der Beschäftigung im Bauwesen wird sich im nächsten Jahr voraussichtlich fortsetzen (NÖ: +1,0 %; Ö: +0,8 %).

3.5 Handel

Insgesamt dürfte die BWS des Bereichs Handel (inkl. Reparatur von Kfz und Gebrauchsgütern) im heurigen Jahr um 3,8 % in **Österreich** und um 4,0 % in **Niederösterreich** zunehmen (vgl. Tabelle 15). Im Jahr 2023 wird die BWS dieses Bereichs voraussichtlich um 3,0 % in **Niederösterreich** und um 3,1 % **österreichweit** expandieren.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Februar 2022 erhöhte sich die Beschäftigung im Handel sowohl in **Österreich** (+3,3 %) als auch in **Niederösterreich** (+3,1 %). Für 2022 erwarten ECONOMICA und das IHS einen Anstieg der Beschäftigung im Handel um 1,8 % in **Niederösterreich** und um 1,1 % im **Österreich-Durchschnitt**. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung innerhalb dieses Bereichs weiter zunehmen (um 1,3 % in Niederösterreich und um 0,9 % österreichweit).

3.6 Beherbergung und Gastronomie

Insgesamt ist die BWS des Bereichs Beherbergungs- und Gaststättenwesen im Vorjahr, laut Schätzungen, um 13,4 % in **Niederösterreich** und um 15,9 % **österreichweit** gesunken. Mit einer kräftigen Entwicklung dieses Bereichs (NÖ: +66,6 %, Ö: +64,2 %) ist, wegen der aufgestauten Nachfrage in der Pandemie, für dieses Jahr zu rechnen. Die Erholung dürfte sich im nächsten Jahr mit einem Wachstum um 10,6 % in **Niederösterreich** und 9,6 % **österreichweit** fortsetzen.

In den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres sank die Beschäftigung des Bereichs Beherbergungs- und Gaststättenwesen um 45,4 % in **Österreich** und erhöhte sich um 9,4 % in **Niederösterreich**. Nach dem Anstieg der Beschäftigung im Vorjahr dürfte sich heuer das Beschäftigungswachstum beschleunigen, in **Niederösterreich** auf 12,9 % und im **Österreich-**

Durchschnitt auf 23,1 % (vgl. Tabelle 20). Im nächsten Jahr könnte sich die Beschäftigung dieses Bereichs weiter erhöhen (NÖ: +2,9 %; Ö: +4,5 %).

3.7 Verkehr und Lagerei

Die Folgen der Coronavirus-Krise für den Bereich Verkehr, darunter für den öffentlichen Fernverkehr sowie die Luft- und Schifffahrt und die zugehörigen Dienstleistungen, sind weiterhin spürbar. Allerdings dürfte sich die Konjunktur in diesem Bereich in der Prognoseperiode weiter erholen. Infolgedessen wird die BWS dieses Sektors in diesem Jahr in **Niederösterreich** um 8,7 % und **österreichweit** um 8,0 % voraussichtlich zunehmen. Im Jahr 2023 dürfte die BWS um 2,9 % in **Niederösterreich** und um 2,0 % **österreichweit** expandieren.

Im Durchschnitt der ersten zwei Monate des Jahres 2022 nahm die Zahl der Beschäftigten im Bereich Verkehr und Lagerei, im Vorjahresvergleich, in **Niederösterreich** um 1,3 % und **österreichweit** um 6,0 % zu. Im heurigen Jahr dürfte die Beschäftigung im Bereich Verkehr und Lagerei in **Niederösterreich** um 1,5 % und in **Österreich** um 0,9 % zurückgehen. Im nächsten Jahr dürfte die Beschäftigung in Niederösterreich um 1,0 % und österreichweit um 0,1 % zunehmen.

3.8 Information und Kommunikation

Für heuer und das nächste Jahr rechnen ECONOMICA und das IHS in **Niederösterreich** mit einer dynamischen Entwicklung des Bereichs Information und Kommunikation (+3,4 % bzw. 3,9). Im **Österreich-Durchschnitt** dürfte die BWS laut WIFO um 2,5 % im Jahr 2022 bzw. 2,0 % im Jahr 2023 wachsen.

Im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 nahm die Beschäftigung des Bereichs Information und Kommunikation im Vorjahresvergleich um 3 % in **Niederösterreich** ab und erhöhte sich um 4,4 % in **Österreich**. Für die Jahre 2022 und 2023 wird mit einer Steigerung der Beschäftigung im Bereich Information und Kommunikation in **Niederösterreich** (+3,1 % bzw. +4,8 %) und **Österreich** (+5,1 % bzw. +5,9 %) gerechnet.

3.9 Finanz- und Versicherungsdienstleistungen

Für das gesamte Jahr 2022 rechnen ECONOMICA und das IHS mit einem Anstieg der BWS des Bereichs Finanz- und Versicherungsdienstleistungen um 5,1 % in **Niederösterreich** und um 4,7 % im **Österreich-Durchschnitt**. Im nächsten Jahr dürfte die BWS dieses Bereichs in **Niederösterreich** um 5,2 % und **österreichweit** um 4,5 % zunehmen.

In den ersten zwei Monaten des laufenden Jahres nahm die Zahl der Beschäftigten im Kredit- und Versicherungswesen, im Vorjahresvergleich, um 1,1 % in **Niederösterreich** und um

0,5 % österreichweit ab. Für 2022 rechnen ECONOMICA und das IHS mit einem Rückgang der Beschäftigtenzahlen sowohl in Niederösterreich als auch in Österreich um 0,3 % bzw. 0,2 % (vgl. Tabelle 28). Die Verringerung der Beschäftigung wird sich voraussichtlich im Jahr 2023 fortsetzen (NÖ: -0,1 %; Ö: -0,3 %).

3.10 Grundstücks- und Wohnungswesen

Laut ECONOMICA und IHS dürfte die Bruttowertschöpfung dieses Bereichs in **Niederösterreich** und im **Österreich-Durchschnitt** im laufenden Jahr um 2,2 % bzw. 2,0 % zunehmen. Für nächstes Jahr ist mit einer Expansion um 1,8 % in **Niederösterreich** und um 0,5 % **österreichweit** zu rechnen.

Im Durchschnitt der Monate Jänner bis Februar 2022 nahm in **Niederösterreich** die Beschäftigung des Bereichs Grundstücks- und Wohnungswesen um 2,9 % und in **Österreich** um 0,2 % ab. Für die Jahre 2022 und 2023 ist in **Niederösterreich** und **österreichweit** eine Zunahme der Beschäftigung in diesem Bereich um 0,5 % (2023: +0,3 %) bzw. 1,5 % (2023: 0,2 %) zu erwarten.

3.11 Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen

Im Gesamtjahr 2022 dürfte sich die BWS des Bereichs Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen in **Niederösterreich** und in **Österreich** um 3,9 % bzw. 2,0 % erhöhen. Für 2023 wird mit einer Expansion um 2,3 % in **Niederösterreich** (**Österreich**: +2,5 %) gerechnet.

Im Durchschnitt der ersten zwei Monate des laufenden Jahres erhöhte sich die Beschäftigung im Bereich Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen um 10,3 % in **Niederösterreich** und um 9,1 % in **Österreich**. Für die Jahre 2022 und 2023 ist sowohl in **Niederösterreich** als auch im **Österreich-Durchschnitt** mit einem Anstieg (2022: NÖ: +4,8 %, Ö: +3,0 %; 2023: NÖ: +3,3 %, Ö: +3,0 %) der Beschäftigung in diesem Bereich zu rechnen.

3.12 Sonstige Dienstleistungen

Insgesamt dürfte die BWS des Bereichs Sonstige Dienstleistungen im Jahr 2022 in **Niederösterreich** um 0,7 % und **österreichweit** um 1,0 % schrumpfen. Für das Jahr 2023 wird mit einer Zunahme der BWS um 3,9 % in **Niederösterreich** und um 3,0 % **österreichweit** gerechnet.

Im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 erhöhte sich die Beschäftigung des Bereichs Sonstige Dienstleistungen um 1,3 % in **Niederösterreich** und um 1,6 % in **Österreich**. Für das laufende Jahr ist von einem Anstieg der Beschäftigung dieses Bereichs in **Niederösterreich** (+1,9 %) und **österreichweit** (+2,2 %) auszugehen (vgl. Tabelle 34). Im nächsten Jahr wird

sich die Beschäftigung des Bereichs Sonstige Dienstleistungen voraussichtlich um 2,5 % in **Niederösterreich** und um 1,6 % **österreichweit** erhöhen.

3.13 Öffentliche Verwaltung

Die BWS des Bereichs Öffentliche Verwaltung dürfte in diesem Jahr um jeweils 1,5 % und im Jahr 2023 um 1,2 % bzw. 1,0 % in **Niederösterreich** und **österreichweit** zunehmen.

Im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 nahm die Beschäftigung des Bereichs Öffentliche Verwaltung in **Niederösterreich** und in **Österreich** um 1,0 % bzw. 2,4 % zu. Für die Jahre 2022 und 2023 ist mit einem Anstieg der Beschäftigung dieses Bereichs in **Niederösterreich** (1,3 % bzw. 1,4 %) und **österreichweit** (1,3 % bzw. 1,2 %) zu rechnen.

4. Aktuelle Entwicklung am Arbeitsmarkt und Prognose

Am Anfang dieses Jahres legte die Beschäftigung getrieben von der guten Konjunktur stark zu. So lag die Zahl der **Aktiv-Beschäftigten** in **Niederösterreich** und **österreichweit** im Zeitraum Jänner bis Februar 2022 um 3,1 % bzw. 5,4 % über dem Vergleichswert des Vorjahreszeitraumes. In sektoraler Betrachtung verzeichneten der Bau (NÖ: +8,0 % und Ö: +5,6 %), der Bereich Beherbergung und Gastronomie (NÖ: +9,4 % und Ö: +45,4 %) und Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen (NÖ: +10,3 % und Ö: +9,1 %) kräftige Beschäftigungszuwächse gegenüber dem Zeitraum Jänner bis Februar 2021. Merkliche Arbeitsplatzverluste gab es hingegen in den Bereichen Erbringung von Finanz- und Versicherungsdienstleistungen und Grundstücks- und Wohnungswesen.

Während der Dienstleistungsbereich beim unterstellten Ausbleiben von coronabedingten Einschränkungen seinen Aufholprozess fortsetzen dürfte, könnten im Produktionsbereich weitere arbeitsmarktpolitische Maßnahmen zur Abfederung der Folgen des Kriegs in der Ukraine notwendig werden.

Laut AMS Niederösterreich waren in **Niederösterreich** Ende März 2022 41.828 Personen arbeitslos vorgemerkt. Dies entspricht einem Rückgang von 28,3 % im Vergleich zum Vorjahr. Gleichzeitig verringerte sich die Zahl der Personen, die bereits ein Jahr und länger auf Jobsuche sind, um 14,2 % auf 8.685 im Vergleich zum Vorkrisenniveau. Dies war der höchste Rückgang österreichweit (Ö: +6,7 %).

Die Arbeitslosenquote betrug somit 6,0 % (März 2021: 8,5 %). Österreichweit betrug die Arbeitslosenquote für März 6,3 % (März 2021: 9,3 %). Vom Rückgang der Arbeitslosigkeit profitierten Frauen etwas stärker (-8.181 od. -30,1 %) als Männer (-8.285 od. -26,7 %). Bei den Personen im Haupterwerbsalter (25-49 Jahre) ging die Arbeitslosigkeit Ende März mit 31,0 % im Jahresvergleich stärker zurück als bei den älteren Personen (50plus) mit 24,8 %. Ebenfalls einen starken Rückgang (-27,1 %) verzeichnete die Arbeitslosigkeit bei den Jugendlichen. Die nachlassende konjunkturelle Dynamik und die erhöhte Unsicherheit dürften den Rückgang der Arbeitslosigkeit in den kommenden Monaten verlangsamen.

Die sektorale Entwicklung der Arbeitslosigkeit reflektiert eine Entspannung in denjenigen Branchen, die durch die wirtschaftlichen Einschränkungen infolge des Lockdowns am stärksten betroffen waren. So wiesen die stärksten Rückgänge gegenüber dem Vorjahr die Bereiche Handel (-3.047), Beherbergung und Gastronomie (-2.769), Erbringung von sonstigen wirtschaftlichen Dienstleistungen (-2.288), Warenerzeugung (-1.787) und Bauwesen (-1.282) auf.

Unter Berücksichtigung der SchulungsteilnehmerInnen waren im März 2022 mit 50.955 um 17.410 oder -25,5 % weniger Personen beim AMS Niederösterreich registriert als im März

2021. Der Stellenmarkt spiegelt die allmähliche Entspannung des niederösterreichischen Arbeitsmarkts wider. Ende März betrug der Bestand an gemeldeten offenen Stellen 20.168 und damit standen so viele freie Stellen wie noch nie zur Verfügung.

Nach den kräftigen Zuwächsen zu Jahresbeginn dürfte sich die Beschäftigungsdynamik im Jahresverlauf etwas verlangsamen, sodass für den Jahresdurchschnitt 2022 ein Anstieg der Aktiv-Beschäftigung um 2,1 % in **Niederösterreich** und um 2,3 % **österreichweit** erwartet wird. Vor dem Hintergrund der Wachstumsverlangsamung und der demografischen Entwicklung dürfte der Beschäftigungszuwachs 2023 1,4 % in **Niederösterreich** und 1,3 % in **Österreich** betragen (vgl. Tabelle 2).

In den letzten Monaten hat sich die Arbeitslosigkeit noch besser als erwartet entwickelt. Jedoch haben die Abwärtsrisiken seit der Winter-Prognose stark zugenommen. Die Auswirkungen des Kriegs in der Ukraine auf den Arbeitsmarkt sind schwierig abzuschätzen. Die Institute gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Dynamik hoch genug bleibt, sodass der Rückgang der Arbeitslosigkeit nur verlangsamt wird. Weiters wird angenommen, dass es zu keinen spürbaren wirtschaftlichen Belastungen durch Corona kommt. Die ausgeweiteten Maßnahmen der aktiven Arbeitsmarktpolitik, die auf Qualifizierung und Bekämpfung der Langzeitarbeitslosigkeit abzielen, wirken unterstützend.

Tabelle 2: Entwicklung der unselbständigen Aktiv-Beschäftigung ausgewählter Wirtschaftsbereiche in Niederösterreich (Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in %)

	2019	2020	2021	2022P	2023P
Land- und Forstwirtschaft	+2,3	-2,7	+3,2	+2,1	+1,9
Herstellung von Waren ¹⁾	+1,8	-1,6	-0,1	+0,3	+0,3
Energie-, Wasserversorgung, Abfallentsorgung	+3,8	+0,9	+1,6	+0,7	+0,6
Bauwesen	+5,2	+0,4	+6,2	+2,9	+1,0
Handel	+0,7	-0,7	+4,0	+1,8	+1,3
Beherbergung und Gastronomie	+2,8	-16,0	+8,0	+12,9	+2,9
Verkehr und Lagerei	+3,0	+9,1	-3,5	+1,5	+1,0
Information und Kommunikation	+2,9	+1,4	-0,3	+3,1	+4,8
Finanz- und Versicherungsdienstleistungen	-1,5	-1,7	-2,6	-0,3	-0,1
Grundstücks- und Wohnungswesen	+0,8	+1,9	+2,9	+0,5	+1,5
Sonstige wirtschaftliche Dienstleistungen ²⁾	+2,5	-3,4	+6,9	+4,8	+3,3
Sonstige Dienstleistungen ³⁾	+1,2	-5,0	+0,4	+1,9	+2,5
Öffentliche Verwaltung ⁴⁾	+0,5	+0,8	+1,8	+1,3	+1,4
Niederösterreich (ECONOMICA/ IHS)	+1,7	-0,6	+2,3	+2,1	+1,4
Österreich (ECONOMICA/ IHS)	+1,6	-2,0	+2,5	+2,3	+1,3

Prognose: 2022 und 2023. 1) Prognose einschl. Bergbau.- 2) ÖNACE M-N. 3) ÖNACE R-U. 4) ÖNACE: O-Q.
Quelle: HSV, ECONOMICA/ IHS.

Autoren: Daniela Grozea-Helmenstein, Helmut Berrer, Christian Helmenstein

Titel: Wirtschaftsprognose für Niederösterreich
Projektbericht/Research Report

© 2022 ECONOMICA, Institut für Wirtschaftsforschung, Wien,

© 2022 Institute for Advanced Studies (IHS)

Liniengasse 50-52, A-1060 Wien • ☎ +43 676 3200-400 • <http://www.economica.at>

Josefstädter Straße 39, A-1080 Vienna • ☎ +43 1 59991-0 • Fax +43 1 59991-555 • <http://www.ihs.ac.at>
